

## Ingo Elbe

### Thesen zu Staat und Hegemonie in der Linie Gramsci-Poulantzas

Neben dem formanalytischen Ansatz der Staatsableitungsdebatte und ihres geistigen Vorläufers Eugen Paschukanis darf die hegemonietheoretische Traditionslinie von Antonio Gramsci bis Nicos Poulantzas als prominentester Strang einer elaborierten marxistischen Staatstheorie jenseits der parteioffiziellen Orthodoxie gelten. Im Folgenden sollen kursorisch drei Grundgedanken dieses Paradigmas in Abgrenzung zur staatstheoretischen Orthodoxie des Marxismus-Leninismus vorgestellt werden.

#### Kritik der expressiven Totalität

Wie determinieren die kapitalistischen Produktionsverhältnisse den Staat? Die Beantwortung dieser Frage durch die parteioffizielle Doktrin erfolgte mittels eines Erklärungsansatzes, den der französische strukturelle Marxist Louis Althusser als Modell expressiver Totalität bezeichnet hat. Hier werden die Ebenen des gesellschaftlichen Ganzen auf die Erscheinung eines ökonomischen Wesens reduziert. Ein solches ökonomistisches Verständnis des Marxschen Basis-Überbau-Schemas gesteht den Überbau-Instanzen keine Eigenständigkeit zu, sondern lediglich die Funktion, die Antagonismen der ökonomischen Basis auszudrücken. Dabei werden Basis und Überbau häufig mit der Dichotomie von Materie und Geist bzw. reell und ideell parallelisiert und der Überbau als Abbild verstanden, dem allenfalls eine ‚rückwirkende‘ Potenz zugestanden wird.

Dagegen versucht Nicos Poulantzas im Anschluss an Althusser die Abhängigkeit und gleichzeitige relative Autonomie der Überbaupraktiken gegenüber der Basis zu betonen. Demnach stellt physische Gewalt in der feudalistischen Produktionsweise ein organisches Moment der Produktionsverhältnisse dar, indem die Aneignung des Mehrprodukts – aufgrund der Zugehörigkeit der unmittelbaren Produzenten zum Boden als erster Produktionsbedingung und damit ihrer Bestimmtheit als Besitzer (nicht Eigentümer!) der zur Sicherung ihrer Subsistenz notwendigen Produktionsmittel – über nichtmarktförmigen Zwang vermittelt ist. Erst durch die Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln, dem Zur-Ware-Werden der Arbeitskraft, wird der Austausch von Waren allein zur Basis der Produktionsbeziehungen, was zum spezifischen institutionellen Gefüge der relativen Trennung von (staatlicher) Gewalt und (ökonomischer) Aneignung im Kapitalismus, zu den Praxisformen Ökonomie und Politik im modernen Sinne, führt. Der Kapitalismus kann damit als Verknüpfung („Artikulation“) verschiedener, in ihrer Form, Ausdehnung und ihrem Verhältnis zueinander ‚in letzter Instanz‘ durch die Produktionsverhältnisse determinierter Ebenen bestimmt werden. Das Artikulationsverhältnis bezeichnet eine Verknüpfung interdependenter, aber in ihrer Funktionsweise nicht aufeinander reduzierbarer Praxisfelder. Die Produktionsverhältnisse bestimmen demnach nicht den Inhalt dieser Instanzen, sondern weisen diesen ihre Funktion und exklusive, nichtsubstituierbare Wirksamkeit zu. Staatliche Apparate weisen so eine eigene ‚Dichte‘ und ‚Grammatik‘ (Funktionslogik) auf, die keine direkte Übersetzbarkeit ökonomischer Verhältnisse und Widersprüche zulässt. Zugleich ist der Staat durch die ‚konstitutive Präsenz‘ in der Ökonomie gekennzeichnet, d.h. zur Reproduktion spezifischer Mechanismen tauschvermittelter Ausbeutung unabdingbar. Die relative Autonomie wird so als Moment des durch die spezifischen Produktionsverhältnisse bewirkten Artikulationstypus des sozialen Ganzen sichtbar, sie könnte nach Poulantzas als Bruch mit der Determination durch die Produktionsverhältnisse nur in einem reduktionistischen Modell der Gesellschaft als expressiver Totalität verstanden werden.

Allerdings findet sich auch schon bei – vom strukturalen Marxismus verpönten – ‚humanistischen‘ Marxisten ein ‚nichtexpressives‘ Determinationsmodell. So unterscheidet

Karel Kosik zwischen ‚ökonomischer Struktur‘ und ‚ökonomischem Faktor‘ ähnlich wie Althusser u.a. zwischen ‚Determinante (in letzter Instanz)‘ und ‚Dominante‘ (der Ökonomie als, wenn auch wirkmächtigstem, Feld unter anderen): Gerade diese Trennung wird in sog. neogramscianischen oder postmarxistischen Ansätzen wie denen von Laclau/ Mouffe vollends fallengelassen. Übrig bleibt ein ‚plurales Interdependenzmodell‘ von Gesellschaft, dass bestehende soziale Faktoren empiristisch aufnimmt und die Übermacht des Ökonomischen im Kapitalismus definitorisch eskamotiert.

*Literaturhinweise: Poulantzas, Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie, Hamburg 1978; Althusser/ Balibar, Das Kapital lesen, 2 Bde., Hamburg 1972; Godelier, Produktionsweise als theoretische Kategorie. In: Argument 165/ 1987; Creydt, Zur Kritik an Max Webers pluralistischer Interdependenztheorie. In: Argument 222/ 1997; Kosik, Die Dialektik des Konkreten. Eine Studie zur Problematik des Menschen und der Welt, Ff/M 1986; Laclau/ Mouffe, Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, 2. Aufl., Wien 2000*

### **Kritik der Repressionshypothese**

Die leninistische Tradition bestimmt das Wirken der Staatsmacht wesentlich vermittelt „besonderer Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse und anderes zu ihrer Verfügung haben“ (Lenin). Mit Michel Foucault lässt sich diese Auffassung der sog. Repressionshypothese subsumieren - einer Konzeptualisierung von Macht im Sinne eines auf den zentralistischen Gewaltapparat gestützten Verbots-Regimes, das den Beherrschten äußerlich als beschränkende, letztlich totale Ohnmacht generierende Instanz gegenübersteht. Doch schon Gramsci begegnet dieser etatistischen Erklärungsstrategie in seiner Polemik gegen das Revolutionsmodell der 3. Internationale mit seiner Hegemonietheorie, die den ‚Bewegungskrieg‘ des frontalen Angriffs auf den Staatsapparat als für die modernen westlichen Kapitalismen unbrauchbare Revolutionsstrategie ablehnt. Die Zivilgesellschaft stellt in diesen Sozialformationen demnach eine labyrinthische Struktur von Apparaten wie Medien, Bildungssystem, Familie usw. dar, die ein durch makropolitische Aktionen nicht zu brechendes Beharrungsvermögen von in ihnen konstituierten Denk-, Wahrnehmungs- und Bedürfnismustern aufweist. Das russische Revolutionsmodell musste nach Gramsci im Westen scheitern, weil der Glaube an die Universalisierbarkeit der Erfahrungen der Bolschewiki mit einem zentralistisch-despotischen Zarismus zur Ausblendung der Relevanz ideologischer Vergesellschaftung über zivilgesellschaftliche Apparate und deren ‚Subjekt-Effekt‘ (Althusser), der Unterwerfung in Form der Selbsttätigkeit, führte. Gramsci entwickelt derart eine Theorie des ‚komplexen Staates‘, die als Synthese von auf Arbeitsteilung abzielender Diskurs- und auf Klassenherrschaft reflektierender Ideologietheorie auftritt: Nicht ausschließlich gewaltsame Unterdrückung reproduziert Klassenherrschaft, sondern vor allem ‚ethisch-politische‘ Hegemonie, hervorgebracht durch Übersetzung der partikularistisch-korporativen Interessenartikulationen einer Klasse in die politisch-kulturellen Codes der spezialisierten Institutionen der Zivilgesellschaft vermittelt sog. ‚Überbaufunktionäre‘. Diese ‚organischen Intellektuellen‘ einer Klasse organisieren den hegemonialen Konsens, die Herrschaft mittels Zustimmung der Beherrschten, der als selbst-evidenter Hintergrundrahmen und Artikulationsraum sozialer Projekte und individueller Praktiken fungiert. Erst in Verbindung mit diesem Konsens, in dem Herrschaft als zustimmungsfähiges Gemeinwohl, bestimmte staatliche Politiken als unausweichlich akzeptiert werden, wird Klassenherrschaft auf Dauer gestellt. Gramscis Zivilgesellschaftsbegriff unterscheidet sich radikal von dem normativistischen Konzept Jürgen Habermas‘. Dieses konstruiert einen Dualismus von kapitalistischer Reproduktion und zivilgesellschaftlicher Kommunikation, der es gestattet, die Realisierung von Solidarität, Selbstbestimmung und Wahrheit parallel zu den systemischen Imperativen von kapitalistischer Verwertung und staatlicher Bürokratie zu postulieren. Bei

Gramsci erscheinen dagegen Zivilität und ihr Medium, der Konsens, im Kapitalismus als Elemente der Herrschaftsreproduktion. Seine Formel politischer Macht lautet demgemäß: „Integraler Staat = politischer Staat + Zivilgesellschaft“. Althusser wird später mit seinen Begriffen ‚repressiver‘ und ideologischer Staatsapparate‘ an diese Differenzierung anknüpfen. Problematisch an Gramscis Hegemonietheorie und ihren neogramscianischen Ausarbeitungen ist allerdings, dass die Genese von Ideologie(n) und ihr Zusammenhang mit den spontanen Mystifikationen der ökonomischen Alltagspraxis weitgehend ausgeblendet wird. Ein neutraler Ideologiebegriff tritt meist an die Stelle eines kritischen und denunziert Marx’ Fetischtheorie verständnislos als ‚hegelianisierende Bewusstseinsphilosophie‘. Einer Manipulationstheorie des Ideologischen, die die Bedeutung von ‚think-tanks‘ und intellektuellen Strategien überbetont (und nicht mehr erklären kann, warum diese prinzipiell als plausibel erscheinen), ist damit nicht selten eine offene Flanke geboten. Auch neonationalistische Strategien können, vermittelt über Gramscis Ansatz einer Gegenhegemonie als ‚national-populare‘ Strategie oder Haugs Konzept des ideologischen Klassenkampfes als ‚antagonistische Reklamation des Gemeinwesens‘, sich hegemonietheoretisch artikulieren. Insbesondere Ernesto Laclaus Ausführungen empfehlen der Linken, zudem anknüpfend an verabsolutierte Theoreme der strukturalen Linguistik (‚Arbitrarität der Zeichensynthese‘), nationalistisch-populistische ‚Anrufungen‘ als Gegenstrategien zur Rechten. Der Begriff der Nation ist demnach politisch nahezu beliebig besetzbar und muss von der Linken, will sie nicht in die Isolation geraten, positiv aufgeladen werden. Konsequenterweise meint Laclau dann auch, die Schlageter-Linie hätte von der KPD fortgesetzt werden müssen, um den Sieg des Faschismus zu verhindern.

*Literaturhinweise: Gramsci, Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, Ff/M. 1967; Link, Diskurstheorie. In: Haug (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Hamburg 1995; Haug, Pluraler Marxismus. Beiträge zur politischen Kultur, 2 Bde., Berlin 1985; Haug, Was ist von Gramsci zu lernen für einen neuen Internationalismus? In: ders.: Politisch richtig oder richtig politisch? Berlin/ Hamburg 1999; Elbe, „Diskurse herrschen nicht“. Grundlinien einer Theorie der politischen Öffentlichkeit bei Jürgen Habermas. [http://www.rote-ruhr-uni.com/texte/elbe\\_habermas.pdf](http://www.rote-ruhr-uni.com/texte/elbe_habermas.pdf); Laclau, Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus, Populismus, Berlin 1982; Foucault, Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen, Ff/M. 1983; Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate. Skizzen für eine Untersuchung. In: ders.: Marxismus und Ideologie, Berlin 1973;*

### **Kritik des Manipulationsparadigmas**

Die wichtigste Intervention Poulantzas’ in den marxistischen Diskurs besteht in seiner Bestimmung des Staates als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses. Neben der Ablehnung einer substantialistischen Konzeption, die den Staat als über den Klassen stehendes und diese neutralisierendes Subjekt versteht (konservative und sozialdemokratische Variante), richtet sich seine Kritik vor allem gegen die instrumentalistisch-ökonomistische Staatstheorie des Leninismus („Der Staat als Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse“ (Lenin)). Ein solcher Instrumentalismus fasst den Staat als Werkzeug einer Klasse oder Klassenfraktion (wie im StamoKap-Theorem), die eine dem staatlichen Handeln vorgeordnete politische Einheit besitzt, dem Staat –also auch dem Ideologischen im Althusser’schen Sinne- prinzipiell äußerlich ist. Der Staatsapparat wird dabei mit der Staatsmacht und diese mit dem Machtpotential einer Klasse/ Klassenfraktion identifiziert. Macht mutiert derart zum Nullsummenspiel zwischen Staat und Klasse, wobei jenem die Verwaltung einer Machtessenz zugewiesen wird, die diese in Besitz hat.

Dieses Manipulationsparadigma bedeutet nun, Poulantzas zufolge, eine Verkenning der spezifischen ‚Materialität‘ der *Staatsapparate* sowie der Konstitution und des Charakters der *Staatsmacht*. Nach Poulantzas ist der Staat nicht ausschließlich als gewaltförmig organisierter, unmittelbarer Reflex der Klassenverhältnisse konzipierbar, der gleichsam von ‚außen‘ einer Seite des Klassengegensatzes dienstbar gemacht werden kann. Es ist kein direkter Zugriff

eines Partikularinteresses auf staatliche Funktionen möglich, der Staat behält eine relative Autonomie gegenüber den Klassenkämpfen und ist doch von ihnen durchzogen. Er ist nur als materielle Verdichtung eines sozialen Kräfteverhältnisses zu begreifen. Staatliche Politik etabliert sich als Resultante der in die institutionelle Struktur des Staates eingeschriebenen Kräfteverhältnisse: Die ‚Materialität‘ der Staatsapparate wird durch die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Klassenhandeln der Akteure induziert, während die Staatsmacht sich als Resultante widerstreitender Kräfte in den repressiven und ideologischen Apparaten formiert – als prekäre ‚Kompromissstruktur mit Dominante‘. Als solche ist sie nicht nur gegenüber den Interessen der dominanten Fraktion des herrschenden Machtblocks relativ autonom, sondern auch gegenüber dem intern hierarchisierten Konsensus des Machtblocks selbst, da dieser immer auch ein ‚Kompromissgleichgewicht‘ mit den subalternen Klassen herstellen, d.h. symbolisch und materiell Aspekte ihrer Interessen in die Herrschaft einbauen, muss. Der Staatsapparat fungiert demnach als Gegenstand und mit eigener Logik versehendes Terrain sozialer Kämpfe. Die Staatsmacht ist Verdichtung dieser Kräfteverhältnisse im Topos Staat, passt sich der Struktur seines Feldes an, woraus für Poulantzas folgt, dass eine „Veränderung der Staatsmacht allein ... die Materialität des Staatsapparates nicht“ transformieren kann.

Trotz seiner Frontstellung gegen das traditionsmarxistische Staatsdenken kann aber auch Poulantzas die spezifisch abstrakt-allgemeine Form bürgerlicher Herrschaft nur konstatieren, nicht hinreichend erklären, wie in seiner etwas hilflosen Paschukanis-Kritik deutlich wird. Dazu bedürfte es in der Tat einer ‚Ableitung‘ aus der Warenform, die in klassisch strukturmarxistischer Manier als ‚ökonomistisch‘ verteufelt wird. Schließlich besteht im Neogramscianismus, anschließend an Poulantzas’ Staatsdefinition und Gramscis zur Konstitutionstheorie des Sozialen verallgemeinerten Hegemoniebegriff, die Tendenz zur begrifflichen Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhangs in ein rein handlungstheoretisches Konfliktmodell bloßer ‚Kräfteverhältnisse‘. Im Rahmen eines derartigen soziologistischen Ensembles, wie es sich in unterschiedlicher Ausformung bei Alex Demirovic oder Laclau/ Mouffe findet, erscheinen die handelnden Akteure/ Gruppen den Formen des gesellschaftlichen Reichtums und politischen wie ideologischen Zwangs merkwürdig vorgeordnet und werden die Systemgrenzen politischen Handelns voluntaristisch aufgelöst.

*Literaturhinweise: Demirovic, Nicos Poulantzas, Eine kritische Auseinandersetzung, Berlin 1987; Demirovic, Bürgerliche Demokratie. Ein historischer Kompromiss? Zu einigen Problemen der Staatstheorie Nicos Poulantzas’. In: ders.: Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster 1997; Poulantzas, Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie, Hamburg 1978; Poulantzas, Aus Anlass der marxistischen Rechtslehre. In: Reich (Hg.): Marxistische und sozialistische Rechtslehre, Ff/M. 1972; Laclau/ Mouffe, Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, 2. Aufl., Wien 2000; Lenin, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution. In: ders.: Werke, Bd. 25, Berlin 1960; Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe, 2. Aufl., Ff/M. 1969; Blanke/ Jürgens/ Kastendiek, Das Verhältnis von Politik und Ökonomie als Ansatzpunkt einer materialistischen Analyse des bürgerlichen Staates. In: dies. (Hg.): Kritik der politischen Wissenschaft. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft, 2 Bde., Ff/M.- New York 1975*

Gramsci, Poulantzas und die an sie anknüpfenden Denkprozesse fordern die Linke dazu auf, ihre Vorstellung vom Staat als Festung, Zentrum, Reflex und Instrument aufzugeben. Sie stellen zudem eine intermediäre Theorieebene für die Analyse konkreter historischer Herrschaftskonstellationen im Kapitalismus bereit. Isoliert vom Ansatz einer Formanalyse des Staates bleibt das neo-/gramscianische Paradigma aber unzureichend zur Erfassung der spezifischen Form und Reproduktion bürgerlicher Herrschaft. Eine systematische Verknüpfung beider Theorieebenen bleibt ein Desiderat marxistischer Forschung.